



## A U S Z U G

aus der 4. Sitzung  
des Gemeinderates  
vom Donnerstag, 31.03.2022

---

### Öffentliche Sitzung

#### **12.1 Westoverledingen wird sicherer Hafen (Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Gruppe WOL21 vom 25.02.2022)**

DS-11-129

(Verwaltungsausschuss, 23.03.2022)  
(Rat der Gemeinde, 31.03.2022)

Die Gruppe WOL21.Grüne.MOIN.ERM erklärt, dass sie ihren Antrag bereits vor dem Krieg in der Ukraine eingereicht hatte. Durch dieses unendliche Leid sei der Antrag noch aktueller geworden. Positiv stimmt sie die große Solidarität in Europa. Es gäbe aber weiterhin Flüchtlinge aus anderen Krisengebieten; für diese müssten die Staaten auch offen und solidarisch sein.

Die Verwaltung erklärt, dass die Gemeinde sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben um die Flüchtlinge kümmert. Sie engagiere sich gerne in diesem Bereich, weil die Mitarbeiter/innen auch eine große Dankbarkeit erfahren. Sie dankt den Ehrenamtlichen für ihre großartige Unterstützung. Sie verweist aber darauf, dass die Gemeinde keinen freien Wohnraum zur Unterbringung der Flüchtlinge hat. Daher appelliert sie an die Bevölkerung weiterhin freien Raum zur Verfügung zu stellen und diesen bei der Verwaltung zu melden.

Die Gruppe WOL21.Grüne.MOIN.ERM erklärt, dass sie den erweiterten Beschlussvorschlag der Verwaltung unterstützt.

Die Gruppe CDU/ERM regt an, das Sitzungsgeld der heutigen Ratssitzung für die Ukraine-Hilfe zu spenden. Weiterhin erklärt die Gruppe, dass sie ebenfalls den Beschlussvorschlag der Verwaltung unterstützt. Sie verweist auf die gute Arbeit der Verwaltung und die gute Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen.

Die Fraktion SPD unterstützt ebenfalls den Antrag mit der Erweiterung. Sie befürwortet weiterhin das Spenden des Sitzungsgeldes.

Die Verwaltung verweist auf das freie Mandat der Ratsmitglieder, so dass Mitglieder, die sich nicht an der Spendenaktion beteiligen möchten, sich im Nachgang bei der Verwaltung melden könnten.

**Beschluss:** einstimmig

1. Die Gemeinde Westoverledingen erklärt sich zum „Sicheren Hafen“ und bekräftigt ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.
2. Die Gemeinde Westoverledingen erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen bzw. Menschen, die in Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzen, aufzunehmen und

unterzubringen. Die Aufnahme erfolgt im Rahmen der kommunalen und rechtlichen Möglichkeiten.

3. Die Gemeinde tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Hafen“ bei und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.
4. Die Gemeinde Westoverledingen veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen sie zu einem Sicherer Hafen wird.
5. Der Rat der Gemeinde Westoverledingen fordert die Vertreterinnen und Vertreter im Europaparlament, im Bundestag und im Niedersächsischen Landtag dazu auf, sich für die Erreichung folgender Ziele einzusetzen:
  - Die Bundesregierung setzt sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen im Mittelmeer ein.
  - Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der Aufnahme von schutzsuchenden Menschen und der Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen billigend in Kauf nehmen.
  - Die europäische Staatengemeinschaft verstärkt die Bekämpfung der Fluchtursachen und initiiert Programme im Rahmen einer nachhaltigen Hilfe zur Selbsthilfe.